

# Morwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Harding über die Reparationen.

London, 22. Juni. (WIB.) Der New-Yorker Bericht-erfasser des „Daily Telegraph“ zufolge, berührte Präsident Harding in seiner Rede in St. Louis die Reparationsfrage mit folgenden Worten: Es ist stets der unabweisliche Wunsch unseres freisinnigen Volkes gewesen, den Triumph der Demokratie über die Autokratie und die Erhebung der monarchischen Idee durch eine Volkregierung zu begrüßen. Daher ist es unsere ernste Hoffnung, daß gerechte Bedingungen für eine Regelung, die wir nicht anzugeben beabsichtigen, in Europa gestellt werden, die das demokratische Frankreich befriedigen und so beschaffen sind, daß Deutschland sein Reparationsversprechen erfüllen kann.

Paris, 22. Juni. (WIB.) Präsident Harding, der sich auf einer Reise von Washington nach Moskau befindet, hat gestern in St. Louis über den Beitritt Amerikas zum Internationalen Gerichtshof im Haag gesprochen. Wer auf die Nichtbeteiligung der Vereinigten Staaten vertraut, so erklärte u. a., der vergesse die Verpflichtungen, denen sich die Vereinigten Staaten nicht entziehen könnten, und vergesse auch die kommerzielle Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von den anderen Ländern. Für die Vereinigten Staaten seien für den

### Beitritt zum Internationalen Gerichtshof

zwei Bedingungen unerlässlich. Zunächst müsse der Gerichtshof so aufgebaut werden, daß er über jedweden Verdacht, als handele es sich um einen Gerichtshof des Völkerbundes statt eines Weltgerichtshofes, erhaben sei und er, Harding, sehe sich sodann genötigt, dies durch praktische Vorschläge zum Ausdruck zu bringen. Die Vereinigten Staaten seien entschieden wie je gegen den Völkerbund, sie könnten sich aber wohl einem Gerichtshof anschließen, ohne den Völkerbund zu unterstützen. Es wäre jedoch vorzuziehen, wenn der Internationale Gerichtshof vom Völkerbund getrennt würde, dies könnte auf zwei Arten geschehen. Zuerst wäre es möglich, den Gerichtshof voll zu ermächtigen, das Ausfüllen der Befugnisse selbst zu übernehmen, sodann wäre das ausschließliche Vorrecht des Völkerbundes, die Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes anzurufen, abzuschaffen, oder auf gewisse Mitglieder des Gerichtshofes zu beschränken. Indem Amerika seine Bedingungen für den Beitritt zum Gerichtshof stelle, begehe es keinen unfreundlichen Akt, sondern wahre nur seinen nationalen Standpunkt. Diese Bedingungen entsprächen dem ausdrücklichen Wunsch zur freimütigen oder engen Verbindung mit den übrigen Staaten, um zur Wiederherstellung der Stabilität beizutragen.

### Sie haben es nicht eilig.

Paris, 22. Juni. (WIB.) Der „Petit Parisien“ spricht von der Möglichkeit einer demnächstigen Zusammenkunft zwischen Baldwin und Poincaré. Auf englischer Seite scheint man anzunehmen, daß die Unterredung nicht opportun sei, bevor nicht Frankreich und Belgien auf den englischen Fragebogen über die französisch-belgische Politik im Ruhrgebiet geantwortet haben. Zweifellos sei Poincaré selbst vollkommen geneigt, sich mit dem englischen Ministerpräsidenten zu treffen. Der Ministerpräsident könne jedoch, solange das Parlament tags, Paris nicht länger als ein oder zwei Tage verlassen. Die Zusammenkunft würde, falls sie in den Tagen nach der französisch-belgischen Antwort erfolgen würde, ohne Zweifel in Paris selbst stattfinden, wenn Baldwin sich dorthin begeben würde. Die Wahrscheinlichkeit aber sei es, daß die Begegnung auf halbem Wege zwischen Paris und London erfolgen werde.

London, 22. Juni. (WIB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Trotz gegenteiliger Berichte seien keinerlei Mitteilungen, weder mündlicher noch schriftlicher Art, bezüglich der Reparations- und Ruhrfrage der britischen Regierung durch die Botschafter Frankreichs und Belgiens seit der Abendung des britischen Memorandums nach Paris und Brüssel gemacht worden. Es könne angenommen werden, daß bezüglich der militärischen Seite der Ruhrbesetzung und der Bedingungen, die die Einstellung des passiven deutschen Widerstandes bedeuten würden, Poincaré, Lhuissier und Jospin einer Meinung sein würden. Sie würden jedoch wahrscheinlich verschiedene Ansichten sein bezüglich der Art der französisch-belgischen Zivilverwaltung und der wirtschaftlichen Besetzung.

### Macdonald für aktive Politik.

Paris, 22. Juni. (TU.) Die „Ere Nouvelle“ veröffentlicht ein Interview, das der Londoner Berichterstatter mit dem englischen Arbeiterführer Ramsay Macdonald hatte. Zu der Ruhrbesetzung äußerte Macdonald u. a.: „Jeder weiß, daß sie lediglich auf eine Fortsetzung wirtschaftlicher Werte hinauszielt. Ich glaube, daß, wenn Deutschland sogar von einem überwältigenden Militäraufgebot und durch scharfe Verwaltungsmassnahmen niedergezwungen würde, Frankreich nicht eins seiner zu Beginn der Ruhrbesetzung verkündeten Ziele erreichen wird.“ Macdonald hält die Wiederherstellung der interalliierten Einheitsfront für dringend geboten, doch will er nichts von einem Abkommen wissen, das England ausserlegt, eine fremde Regierung rücksichtslos zu unterstützen. England müsse sich für die Angelegenheiten des Kontinents interessieren. Es müsse als ersten Schritt für eine Konferenz vorschlagen, daß einem Ausschuss von Sachverständigen die Prüfung der deutschen Note übertragen wird. Sollten die Verbündeten diesen Vorschlag ablehnen, so müsse England im Einverständnis mit den diesem Vorschlag günstig gestimmten Ländern gemeinsam handeln und zumal möglichst mit Amerika.

### Fühlungnahme zwischen Paris und Berlin!

Paris, 22. Juni. (EE.) Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“ erklärt, in gut unterrichteten Kreisen erhalte sich hinsichtlich des Grundsatzes, daß die deutsche Regierung in Frankreich einen Schritt unternommen habe, um die Lage des Ruhrgebietes zu verbessern. Es sei die Rede von indirekten Besprechungen zwischen Paris und Berlin zwecks Abschlußes eines Waffenstillstandes. Genaueres über die Tragweite dieser Besprechungen lasse sich nicht mitteilen, ebenso sei über die Personen der Vermittler nichts Näheres bekannt geworden.

### Smillie wiedergewählt.

London, 22. Juni. (WIB.) Bei der Erziehung in Norpeth, die durch den Tod des Arbeitervertreeters Cairns notwendig geworden war, ist der Vertreter der Bergarbeiter Robert Smillie mit einer Mehrheit von 6966 gegen den liberalen Kandidaten gewählt worden.

Der schottische Bergarbeiterführer Robert Smillie, eine der vornehmsten Persönlichkeiten der britischen Arbeiterbewegung, war vor drei Jahren infolge schwerer Erkrankung aus dem aktiven politischen Leben ausgeschieden. Nun hatte sich Smillie von seinen Freunden schließlich dazu bewegen lassen, für die Arbeiterpartei wieder zu kandidieren. Daraufhin hatte die konservative Partei, die bereits einen eigenen Kandidaten in Aussicht genommen hatte, diesen zurückgezogen und ihre Anhänger aufgefordert, für den liberalen Kandidaten zu stimmen, um mit vereinten bürgerlichen Kräften dem von der Bourgeoisie besonders verhassten und gefürchteten Smillie die Rückkehr in die aktive Politik unmöglich zu machen. Bei der Hauptwahl im November 1922 war in diesem Wahlkreis der Arbeitervertreter mit ca. 15 000 Stimmen gewählt worden, während der Liberale 10 000 und der Konservative 6000 Stimmen erhielten. Infolge der bürgerlichen Einheitsfront war der Stand der Arbeiterpartei besonders schwer. Doch die große Mehrheit, die Smillie über den bürgerlichen Kandidaten gewann, zeigt, daß die Arbeiterbewegung in England auch gegen die vereinigten bürgerlichen Parteien auf dem Vormarsch ist.

### Rückzug der Saarregierung.

Genf, 22. Juni. (Eca.) Die Saarregierung hat in einem Brief dem Völkerbundrat mitgeteilt, daß sie in ihrer Sitzung am 18. Juni die vielfach beanstandete Kooperationsordnung durch eine andere Verordnung ersetzt habe, ohne daß über den Charakter dieser neuen Verordnung etwas Näheres gesagt ist. Man empfindet dieses Vorgehen in englischen Kreisen als einen Versuch, die Interventionsforderung der englischen Regierung gegenstandslos zu machen und weist darauf hin, daß das englische Interventionsgesuch sich nicht nur gegen die Kooperationsordnung richtet, sondern daß Unterstaatssekretär Mac Kell ausdrücklich im Unterhaus erklärt habe, England wünsche im allgemeinen Aufklärung darüber, ob die Tätigkeit der Regierungskommission dem Geiste des Versailler Vertrags entspreche. Infolgedessen könne natürlich die Zurückziehung der Kooperationsordnung keinerlei Änderung der Stellungnahme der englischen Regierung zur Folge haben. Andererseits erzählt man, daß die französische Regierung eifrig bemüht ist, die Ansicht der übrigen im Völkerbundrat vertretenen Regierungen über das englische Interventionsgesuch zu sondieren, so daß es unzweifelhaft erscheint, daß die englische Forderung einer Untersuchung bei der nächsten Tagung des Völkerbundrats zur Sprache kommen wird.

### Druck der Entente auf Jugoslawien.

Belgrad, 21. Juni. (TU.) Der englische, der französische und der italienische Gesandte haben den Außenminister Rinschitsch besucht und ihm nahegelegt, ein gutes nachbarliches Verhältnis zwischen der neuen bulgarischen Regierung herzustellen. Depeschen aus Sofia bestätigen, daß die Mitglieder des sogenannten bulgarischen Kriegskabinetts rehabilitiert und amnestiert wurden, nur Radoslaw erhielt keine Amnestie. Er darf auch nicht nach Bulgarien zurückkehren.

### Zunehmende Arbeitslosigkeit in Rußland.

Moskau, 20. Juni. (WIB.) Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur hat die Zahl der arbeitslosen Arbeiter und Angestellten in Rußland zugenommen und beträgt jetzt im ganzen Sowjetbunde 360 000. Die Arbeitslosigkeit werde durch die Konzentration der Industrie und durch die Herabsetzung der Zahl der Staatsangestellten hervorgerufen. Mit Rücksicht auf den Übergang zu kaufmännischen Grundjahren in der Betriebsführung werde aus nichtqualifizierten Arbeitern bestehendes Personal abgebaut. Die zweite Ursache des Zunehmens der Arbeitslosigkeit sei das Zurückfluten der Arbeiter vom Lande in die Städte im Zusammenhang mit der Hebung der in den Städten gezahlten Löhne. Als Hauptmittel würden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die folgenden angewendet: staatliche Regulierung des Arbeitsmarktes durch Zwangsvermittlung der Arbeitskräfte durch die Arbeitsbörsen, Organisation von Notstandsarbeiten und Vervollkommen der Einrichtungen für Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Im südafrikanischen Unterhaus hielten bei der Erörterung des Arbeitslosenproblems von der Führertribüne herab mehrere Arbeitslose Ansprachen an die Abgeordneten und warfen ihnen vor, daß sie ihre Unfähigkeit bewiesen hätten, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu tun. Die Sitzung mußte um eine Viertelstunde unterbrochen werden.

## Mißstände in der Bauwirtschaft.

Offener Brief an den Herrn Reichsfinanzminister.

Von Dr.-Ing. Martin Wagner.

Gestatten Sie mir, sehr geehrter Herr Minister, auf diesem Wege Ihre Aufmerksamkeit auf besondere Zustände in der Bauwirtschaft zu richten, die auf die Finanzen des Deutschen Reiches in hohem Maße Einfluß haben, die aber nur dadurch geändert werden können, daß die breiteste Öffentlichkeit hierüber aufgeklärt wird.

Die Bauwirtschaft der Reichs- und Staatsbehörden wurde von jeher mehr oder weniger als eine Geheime Wirtschaft behandelt, mit der sich die Herren Minister und die Herren Politiker nicht gerne befassen, weil sie sich auf diesem Gebiete nicht fachverständig genug fühlen. Die Finanzlage des Deutschen Reiches gebietet aber, daß in dieser Behandlung, mindestens der Bauwirtschaft der öffentlichen Organe, eine Änderung eintritt.

In meinem Vortrag „Alte oder neue Bauwirtschaft“ auf dem Vierten Deutschen Bauhüttenkongress in Hamburg habe ich bereits darauf hingewiesen, daß der deutsche Baupreis zurzeit nicht von volkswirtschaftlichen Uebererschüssen, sondern von der Substanz des deutschen Nationalvermögens lebt. Diese Feststellung ist inzwischen auch durch eine Denkschrift bestätigt worden, die die Reichsarbeitsgemeinschaft für Steine und Erden dem Deutschen Reichstag unterbreitet hat. In dieser Denkschrift wird ausgeführt, daß mit der Stabilisierung der Mark am 15. Februar 1923 der deutsche Baupreis abgedrosselt war, weil das Baukapital, das bisher aus den Geldentwertungsgewinnen der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft floß, plötzlich zu fließen aufhörte. Die „notleidende“ baustoffherzeugende Industrie verlangt nun, daß das Reich und die Staaten öffentliches Kapital zur Behebung des Baupreises zur Verfügung stellen sollen. Die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Hilfe durch Reich und Staaten wird auch von mir nicht geleugnet. Was weite Kreise indessen beunruhigen muß, das ist die Art und Weise, wie nachgeordnete Dienststellen des Reiches und der Staaten und das private Baugewerbe in der Verwendung der Staatsmittel vorgegangen sind. Hierfür einige Beispiele:

1. Das Eisenbahnbetriebsamt Bacha schrieb zum 19. April d. J. die dringenden Arbeiten für eine Straßenunterführung aus. Ein gemeinwirtschaftlicher, auch von Ihnerr, sehr geehrter Herr Minister, als gemeinnützig anerkannter Baubetrieb, die Bauhütte Ditzhüringen in Altenburg, beteiligte sich erstmalig an diesen Arbeiten, die bisher nur als die Domäne bestimmter Baufirmen betrachtet wurden. Die Bauhütte bot den billigsten Preis von 306 Millionen Mark. Der Unternehmer, dem die Arbeit zugedacht war, verlangte indessen 612 Millionen Mark, und weitere 8 Unternehmer, die diese Firma nach bekanntem Muster zu „schützen“ hatten, verlangten bis zu 927 Millionen Mark. Nach Bekanntwerden des Submissionsergebnisses erklärte der zuständige Baurat von Bacha seiner vorgesetzten Behörde in Erfurt, daß man die Bauhütte, an deren angemessenem Preis nicht zu zweifeln war, von der Liste der Bewerber streichen müsse, sonst werde er die Arbeiten nicht ausführen lassen. Die Arbeiten wurden in der Tat nicht vergeben. Das Reich, das diese Arbeiten in kurzer Zeit doch ausführen muß, wird sie in späterer Zeit mit ungleich höheren Preisen zu bezahlen haben.

2. Die Reichsbauverwaltung von Löhner schreibt Arbeiten für eine Kaserne aus. Unsere Bauhütte in Löhner macht das billigste Angebot. Das Angebot wird als zu billig zurückgewiesen. Die Bauhütte beklagt sich darüber und weist auf die Vergeudung von Reichsmitteln hin. Der zuständige Baurat droht mit dauernder Ausschließung der Bauhütte von allen weiteren Arbeiten. Zu seiner Rückendeckung läßt er sich ein Gutachten der Handwerkskammer von Königsberg ausstellen, das von wirtschaftlichen Gegnern der Bauhütte abgefaßt, aber der Bauhütte nicht bekanntgegeben wird. Auf eine Beschwerde bei der Bauverwaltung des Reichsfinanzministeriums wird die Weiterbeschäftigung der Bauhütte in Aussicht gestellt, sofern sie zukünftig sich jeder Kritik an den Entscheidungen der Beamten enthält.

3. Die Eisenbahndirektion Berlin-Ost hat bei Deutschen große Bauaufgaben zu vergeben, die in die Milliarden gehen. Zur Preisabgabe werden die gemeinwirtschaftlichen Betriebe erst gar nicht herangezogen, angeblich weil die Arbeiten zu dringend und zu groß wären. Zu groß für unsere Bauhütten? Ihre Produktionskraft umfaßt zurzeit einen möglichen Jahresumsatz von 600 Milliarden Mark. Unsere Bauhüttenorganisation, die rund 20 000 Bauarbeiter beschäftigt, ist gegenwärtig das größte bauwirtschaftliche Unternehmen Deutschlands.

Die frohlichen Arbeiten wurden ohne „großes Aufsehen“ an eine Firma vergeben, die bei der Eisenbahndirektion Berlin „Vertrauen“ genießt. Uns scheint, daß dieses Vertrauen höchst einseitig ist und bei den Steuerzahlern schwerlich gewürdigt wird.

4. Wie einseitig ein solches Vertrauen der öffentlichen Organe zu privaten Baubetrieben sein muß, das zeigt folgende Feststellung: Der Ihrem Ressort, Herr Finanzminister, unterstellte Ministerialdirektor Emil Rauch sowie Herr Ministerialrat Richard Damm gehören (wohl nur in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen) dem Aufsichtsrat der Bauaktiengesellschaft Held u. Franke an. Als Privatpersonen erhielten sie im Jahre 1922 eine feste Entschädigung von je 80 000 M. und



mit 6 anderen Aufsichtsratsmitgliedern eine Lantiensteuerfreie Lantienne von 8 Proz. des Reingewinns.

Während Sie, sehr geehrter Herr Minister, die Gemeinnützigkeit unserer Bauhütten davon abhängig machen, daß in diesen Bauhütten Vertreter der öffentlichen Organe Sitz und Stimme erhalten, ohne daß ihnen eine Entschädigung für ihre Aufsichtsratsstätigkeit gewährt wird, während unsere Bauhütten sich freiwillig der Kontrolle der öffentlichen Organe unterstellen, glaubt der Herr Oberpräsident von Königsberg einem Beamten die Pflicht versagen zu müssen, diese Kontrolle durch Teilnahme an den Aufsichtsratsitzungen unserer Bauhütten auszuüben.

Diese völlig ungleiche Behandlung privater und gemeinnütziger Betriebe dürfte sicherlich das Vertrauen der Steuerzahler zu der Baupolitik der öffentlichen Organe nicht stärken.

Um aber nicht negativ anzuklagen, sondern positiv an der Befundung der Bauwirtschaft der öffentlichen Organe mitzuwirken, mache ich Ihnen folgenden Vorschlag:

Sehen Sie unter dem Vorbehalt eines nicht an einem privaten Baubetriebe beteiligten Reichsbeamten einen Ausschuss ein, der aus 6 Reichstagsabgeordneten und aus je einem Vertreter des privaten und gemeinnützigen Bauwesens besteht, und geben Sie diesem Ausschuss das Recht der aktiven Befugnisse nachprüfung aller Beschwerden, die aus dem Bauwesen und aus sonstigen Kreisen gegen die Verwendung öffentlicher Mittel auf dem Baumarkt eingereicht werden. Statt der den Ausschuss auch mit dem Recht aus, die Kosten der Nachprüfung der Beschwerden dem Beamten aufzuerlegen, der die öffentlichen Mittel nicht nach Dienstrecht und Dienstpflicht verwendet hat, oder dem Beschwerdeführer, der sich zu Unrecht über seine Behandlung durch das Beamtentum beklagt. Sie können überzeugt sein, sehr geehrter Herr Minister, daß die Beschwerden aller Parteien bald aufgehört werden, wenn die aktiver Nachprüfung vor einem baugewerblichen Wirtschaftsgericht erfolgt, und Sie können ebenso überzeugt sein, daß Sie den Wert dieses Berichtes in den Reichsfinanzen als einen größeren Aktivposten verbuchen können, als wenn Sie von Ihren Herren Geheimräten einige Zentner Verfügungen und Erlasse ausarbeiten lassen, über die man zur Tagesordnung übergeht, wenn die mannigfaltigen örtlichen Interessen interessanter sind als die Interessen des deutschen Volkes.

### Havenstein in Urlaub.

Wie wir hören, befindet sich der Reichsbankdirektor Herr v. Havenstein gegenwärtig in Urlaub. Dies zu einer Zeit, wo jeder Tag auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet nicht wieder gützumachende Verluste bringt. Das Direktorium der Reichsbank, das mehr noch als sonst allen notwendigen Maßnahmen Widerstand entgegensetzt, verdrängt die Zeit und fördert durch ihre völlige Unfähigkeit und Passivität den finanziellen Zusammenbruch.

Wir wissen nicht, aus welchem Grunde Herr v. Havenstein jetzt in Urlaub gegangen ist. Wahrscheinlich sind gesundheitliche Rücksichten dafür maßgebend gewesen. Es erscheint uns notwendig, daß diese Rücksichten auch in weiterem Umfang geübt werden und daß Herr v. Havenstein von der Last eines Amtes befreit wird, der er offensichtlich nicht gewachsen ist. An seine Stelle muß eine energische Kraft treten, die die Anforderungen der Zeit versteht und die Aufgaben, zu deren Lösung das jetzige Reichsbankdirektorium unfähig ist, zu bewältigen vermag.

Von der Reichsregierung ist gleichzeitig zu fordern, daß sie die dringenden notwendigen und währungspolitischen Maßnahmen ohne Rücksicht auf die Reichsbank durchführt. Das weitere starke Ansteigen des Dollarkurses ist ein drohendes Anzeichen. Die Regierung hat keinen Tag zu verlieren, wenn sie dem endgültigen Zusammenbruch vorbeugen will.

### Kenegaten!

Von Willi Birnbaum.

imm nichts — sofern du nicht mehr zu geben vermogst! über keinem Menschen seinen Gott, wenn du seine Seele nicht reicher machen kannst! Götzendiener haben wir wahrlich schon genug. Sie lehren doch früher, oder später neu- und buhmützig zu ihrem alten Popanz zurück und wüten nur ärger gegen dich.

Kenegaten sind ein übles Gespenst! Ich sah heute einen in fürnehmern Zivrot, in vollem Bewußtsein seiner neuen Würde, in gebiäherm Sogel seiner geistigen Bedenksamkeit, der vor wenig Monden noch in Kniehosen, Ruffentittel, Sandalen und barhäuptig die Lauge seines grimmen Spottes über Kultur und Wirten seiner neuen Herren schüttete.

Ich weiß nicht — die Zeiten sind teuer! — Bleibst du trägt er den neuen Rock nur an „großen“ Tagen und den alten in der Woche auf, sich mischend unter das Volk, um ein „Erleuchteter“, zu predigen über das Evangelium seiner neuen heiligen. Ich weiß es nicht, hatte keine Lust zu fragen.

Sie wechseln ihr Gewand und ihre Namen nach des Tages Launen. Nun ja, Verwandlungskünstler sind in Schaubuden wohlteil zu bewundern, tragen zur Erheiterung und zum Erstaunen bei. Das Tragische aber ist: Sie sind die Marionetten ihrer Herren! Und doch: Es mischt sich Bitterkeit in Hohn, ich ich Menschen vor Macht und Gold, Autorität und Titel tagesbedeuten!

Aber ich weiß: Nähme ich ihnen all das, es würde ein großes Wehklagen ertönen, sie würden sich nach an die Trümmer fetten und wie die Hunde beißen nach beschwichtigender Hand.

Es ist eben heute noch so wie vor vielen Jahren: Es schafft sich jeder Mensch den Gott nach seinem Bilde!

Sieh den Menschen auf Hirn und Herz, sieh hinter dem Wort und Gewand nach Ziel und Zweck!

### Gibt es denkende Tiere?

„Denkende Tiere“ bildeten in der Regel kurz vor dem Anzuge das Tagesgespräch. Welches Ausschreiben erregte damals der „fluge Hans“, die Elberfelder Pferde, der Hund Koll usw. Als dann die psychologische Wissenschaft die erstaunlichen Leistungen dieser Tiere durch ihre scharfe Beobachtungsgabe erklärte, mit der sie keine unwillkürliche Bewegungen des Menschen wahrnehmen und danach instinktiv handeln, da war es mit dem Ruhm der Weisheit für die Tiere wieder vorbei, und man lehnte jede Denkfähigkeit bei ihnen streng ab. Nun ist die Frage durch die Intelligenzprüfungen Prof. Köhlers an Menschenaffen wieder in Fluss gekommen, und von neuem beschäftigt man sich damit, ob die Tiere irgendeine Fähigkeit besitzen, die dem menschlichen Denken ähnlich ist. In seiner vortrefflichen

### Aktiver Widerstand.

Wer sind die Gefühlspolitiker?

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ beschäftigt sich Herbert Stegemann, der sich durch sein Wert über den Weltkrieg einen gewissen Namen gemacht hat, mit der Frage des „aktiven“ Widerstandes, wie er die Sprengkategorie am Rhein und an der Ruhr nennt. Herr Stegemann meint, das Gesamtbild des großen Abwehrkampfes wäre unvollständig, wenn dieser aktive Widerstand fehlte. Die Haltung der Linkspresse gegen diese Art von Abwehr liege weniger in logischen Gründen als in jener pazifistischen, wehleidig-ethischen Gemütsverfassung, die jede Aktivität, jede männliche Tat, kurz alles, was irgendwie an den militärischen Geist erinnere, grundsätzlich ablehnt. Das „vom Vorwärts geforderte“ staatliche Einschreiten gegen die Attentäter bezeichnet Stegemann als nationale Ehrosigkeit.

Es muß auch Herrn Stegemann bekannt sein, daß sich die Auffassung des „Vorwärts“ mit der der Reichsregierung, der badischen Regierung und bayerischer Behörden deckt. Es muß ihm bekannt sein, daß vor Wochenfrist im Auftrage der badischen Regierung Leute verhaftet wurden, die Sprengungen an den von den Franzosen besetzten Bahnen vornehmen wollten. Will Herr Stegemann seine Charakterisierung auch auf alle diese Instanzen ausdehnen, will er auch ihnen die nationale Ehre absprechen? Uns scheint der Vorwurf einer rein gefühlsmäßigen Einstellung und eines Mangels an Tatsachensinn viel mehr bei ihm und seinen Freunden berechtigt zu sein, die, ohne den Nutzen und Schaden einer Aktion abzuwägen, blind einer Heldengeiste Beifall klatschen.

### Behauptungen, aber keine Beweise.

F. Geisler, den Seelenwanderschaft zu den Völkischen geführt hat, stimmt im „Tag“ ein Klageged über die „Selbstentäußerung“ der bürgerlichen Parteien in Preußen an, die sich ganz in das Fahrwasser der Sozialdemokratie begeben hätten. Wohin Herr Geisler zielt, erkennt man, wenn er schreibt:

„Kann sich die Deutsche Volkspartei damit abfinden, daß ihr Herr Severing als Minister trotzdem „kurz“ auf ihre Aufgabe unerschrocken antwortet, daß die proletarischen Hunderttausenden aufgeschloß seien? Die Deutsche Volkspartei denke daran, daß sie ihren großen Wahlerfolg 1920 ihrer ausgezeichneten Kritik der Politik der im „Beimägen“ der Sozialdemokratie stehenden Demokratischen Partei verdankt. Wer von der Sozialdemokratie ist, stirbt daran!“

Man kann es der Deutschen Volkspartei überlassen, sich mit den Raufschägen ihrer ehemaligen Parteimitglieder auseinanderzusetzen. Wenn aber F. Geisler die Behauptung aufstellt, die proletarischen Hunderttausenden nähmen an Zahl, Umfang und militärischer Schlagkraft trotz ihrer Auflösung tagtäglich zu, auch in den Fabrikbetrieben werde an ihrer Aufstellung und Ausbildung fleißig gearbeitet, so möchten wir ihn bitten, für diese Behauptungen auch die nötigen Unterlagen beizubringen. Aber wenn man die völkischen Herrschaften danach fragt, erhält man regelmäßig ein betretenes Schweigen als Antwort, oder sie kramen Zitate aus der sozialistischen Presse hervor, ohne die Sache selbst weiterzuführen.

### Gebühren für Staatsangehörigkeitsachen.

Die bisherigen Gebühren in Staatsangehörigkeitsachen werden, wie der Amtliche Preussische Preßedienst mittel, durch Verfügung des Ministers des Innern und des Finanzministers mit Wirkung vom 1. Juli d. J. an neuerdings erhöht, und zwar sind von diesem Zeitpunkt ab zu erheben für Einbürgerungs-urkunden 1000 000 M., Heimatscheine 12 000 M., Staatsangehörigkeitsausweise 6000 M., Genehmigungen zur Beibehaltung der Staatsangehörigkeit sowie zum Eintritt in ausländische Staatsdienste 12 000 M., Wechseln von eingetragenen Verlust und über den Nichtbesitz der Staatsangehörigkeit gleichfalls 12 000 M. Die näheren Vorschriften über Festsetzung, Ermäßigung bzw. Erlass der Gebühren sind aus der neuesten Nummer des „Ministerialblattes für die preussische innere Verwaltung“ zu entnehmen.

„Tierpsychologie“, die im Rahmen der Teubnerischen Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ erscheint, bietet Prof. Karl Lüg darüber lichtvolle Ausführungen.

Er hebt hervor, daß es für den Tierpsychologen in erster Linie darauf ankommt, was man unter Denken versteht und daß man nach der modernen Psychologie darunter ein Nachdenken und Ueberlegen begreifen muß. Vor allem darf man Denkleistungen nicht mit Gedächtnisleistungen verwechseln, denn alle Gedächtnisleistungen beruhen auf Assoziationen. Ein Denken in diesem Sinne, nämlich ein logisches Begriffs-Bilden, Urteils-Fällen usw., Schluß-Ziehen, wird man den Tieren nicht zusprechen können. Die „Intelligenz“ der Ameisen und Bienen, von der soviel berichtet wird, beruht nur auf Instinkthandlungen; alle die wunderbaren Leistungen dieser Insekten lassen sich restlos auf rein instinktive und gedächtnismäßige Vorgänge zurückführen. Ebenso steht es aber auch mit den klugen Pferden, Hunden, Affen usw. Bei dem „fluge Hans“ ergab sich nach eingehenden Untersuchungen, daß er optischer Zeichen bedarf, die in minimalen Kopfbewegungen des Experimentators bestanden, um richtig zu antworten. Seine so viel bewunderten Leistungen beruhen fast ausschließlich auf einer einseitig entwickelten Wahrnehmungsfähigkeit für kleinste Bewegungen des Fragestellers. Nicht anders verhält es sich bei den Elberfelder Pferden, und bei dem Mannheimer Hund Koll hat man die merkwürdigsten Dinge in seine Neugierigkeiten hineingeheimst, während es sich doch offenbar auch nur um Reaktionen auf unbemerkte Ausdrucksbewegungen handelte.

Das Fehlen einer selbständigen Denkfähigkeit bei den Tieren würde am besten den Mangel der Sprache bei ihnen erklären. Dieser Mangel kann ja nicht etwa nur durch physiologische Merkmale bedingt sein. Vielmehr scheint es, als ob die Sprache nur dann auftritt, wenn ein Bedürfnis für den Gebirgsaustausch vorliegt. Andererseits verhindert das Nichtsprechen können die Entwicklung des Denkprozesses bei den Tieren. Dies zeigt sich besonders bei den Intelligenzprüfungen Köhlers an Schimpansen, die für die Tierpsychologie von allergrößter Bedeutung sind. Köhler stellte sich die Frage, ob das Verhalten des Menschenaffen zu einem Tausch ansteigt, der als „einsichtig“ im Gegensatz zu dem sonstigen Verhalten von Tieren bezeichnet werden kann. Dies hat Köhler durch seine Experimente nachgewiesen. Damit treten die Menschenaffen aus dem übrigen Tierstamm heraus und in die Nähe der Menschenaffen. Freilich darf man auch bei dieser neuesten Feststellung den ungeheuren Unterschied nicht vergessen, der zwischen dem einseitigen Menschenaffen und dem allerprimitivsten Menschen noch besteht. Der Schimpanse bleibt eben immer noch Tier, und niemals gelangt ihm ein wirkliches Denken, wenngleich die Köhlerschen Arbeiten doch wieder im Gegensatz zu der Ablehnung aller „denkenden Tiere“ bewiesen haben, daß man gewissen Tierarten mehr zutrauen muß, als es die Tierpsychologie in letzter Zeit getan.

Das Schwalbennest im Schilfimmer. Nehren die Schwalben an ihren Wohnort zurück? In dieser Frage liefert Lehrer Nire einen anziehenden Beitrag in „St. Hubertus“. Er schreibt nämlich aus Hochengels in der Altmark: „In den Sommerferien 1920 nistete sich im Schilfzimmer ein Raufschwalbennest ein und brachte eine Brut aus. Im Frühjahr 1921 und 1922 brachte gleich-

### Hitlers Auslandsmillionen.

Das „Tagebuch“ hatte vor einiger Zeit behauptet, die Nationalsozialistische Partei habe von dem amerikanischen Milliardär Henry Ford und von bayerischen Industriellen Unsummen bezogen. Hitler klagte darauf gegen das „Tagebuch“. Die Klage kam am Donnerstag vor dem Münchener Schöffengericht zum Austrag. Der Herausgeber des „Tagebuch“ hatte als Zeugen den Syndikus des Industriellen Verbandes Dr. Kuhl und dessen Schwiegeronkel Geheimrat Aukt angefordert. Beide zogen es vor, „aus Gesundheitsrücksichten“ nicht zu erscheinen. Das ist um so auffälliger, als seinerzeit einer der erschienenen Zeugen, Dr. Wörterer, behauptet hatte, Kuhl, Aukt und der Würzburger Großindustrielle Roel ständen in sekundären Beziehungen zu der Hitler-Partei. Damals hatte Kuhl die Beschuldigung ehrenwörtlich bestritten und das Nürnberger Demokratenblatt, das die Mitteilung übernommen hatte, mit der Klage bedroht. Die Klage ist bis zum heutigen Tage nicht zum Austrag gekommen und Herr Kuhl ließ auch die vorliegende Gelegenheit, sein Dementi durch einen Eid zu erhärten, ungenützt vorübergehen. Das Gericht beschloß, die Verhandlung auszusetzen und Kuhl und Aukt zum nächsten Termin zu laden.

Im Verlauf der Verhandlungen sagte Gen. Auer aus, er habe erfahren, daß bei der Deutschen Bankfiliale München dreimal Geldbeträge, und zwar einmal 30 Millionen Mark, die beiden anderen Male geringere Summen vom Saargebiet überwiesen und hier Leuten zur Aufbewahrung übergeben worden seien, die sonst über kein Geld verfügten. Was Henry Ford anangehe, so habe er in den Kalkulationen der Nationalsozialisten eine große Rolle gespielt. Man habe dort erklärt, daß man Ford an die Partei binden müsse. Als Auer von verschiedenen Seiten davon hörte, erkundigte er sich nach den Interessen Fords und brachte in Erfahrung, daß der Amerikaner zu den maßgebendsten Persönlichkeiten des französischen Eisenbahnkonzerns zähle, also zu einer der Spitzenorganisationen, auf deren Betreibung der französische Ruhrstreik erfolgte.

Als Kronzeuge der Hitlerianer fungierte das Vorstandsmitglied Christian Weber, der zugab, daß seine Partei vom Auslande viel Geld bekomme, „größtenteils“ von Parteimitgliedern in der Tschechoslowakei und von Freunden in Amerika. Gelder aus dem Saargebiet oder von Henry Ford oder von der Schwerindustrie seien nicht darunter. Er hätte hinzufügen können, daß sich die Nationalsozialisten in ihren Anfängen durch nicht ganz einwandfreie Manipulationen in den Besitz von Geld zu setzen verstanden, wemegen fünf ihrer Vorstandsmitglieder zu je vier Millionen Mark Geldstrafe, resp. einem Jahr Gefängnis verurteilt wurden.

### Der Streit um die Volksgerichte.

München, 20. Juni. (Eg. Drahtber.) Auf die Anfrage des bayerischen Justizministeriums an den sächsischen Justizminister, ob es richtig ist, daß die sächsische Regierung die zuständige Staatsanwaltschaft angewiesen habe, dem redaktionellen Hilfsersuchen der bayerischen Volksgerichte keine Folge mehr zu leisten, ist jetzt eine Antwort eingetroffen, aus der die bayerische Regierung ersehen muß, daß in Sachsen eine entsprechende Verfügung erlassen worden ist. Der bayerische Ministerat wird sich deshalb in seiner nächsten Sitzung mit der Angelegenheit befassen und Beratungen darüber pflegen, wie der sächsische Justizminister zur Aufhebung seiner Anordnungen veranlaßt werden kann. Zunächst dürfte die bayerische Regierung den Reichsjustizminister um Interdention bitten.

### Neuregelung des Strafvollzugs.

Amlich wird mitgeteilt: Die Regierungen der Länder haben am 7. Juni d. J. unter Vermittlung des Reichsjustizministeriums eine weitgehende Vereinbarung über den Vollzug von Freiheitsstrafen abgeschlossen, die an die Stelle „Grundzüge über den Vollzug gerichtlicher Freiheitsstrafen“ vom 28. Oktober 1897 tritt. Die Vereinbarung, die einen wichtigen Schritt auf dem Wege zu einem Reichsstrafvollzugsgesetz darstellt, wird demnächst im zweiten Teil des „Reichsgesetzblattes“ veröffentlicht werden und in den Ländern alsbald zur Durchführung gelangen.

falls ein Pärchen in der Klasse zwei Brutten aus. Es drängte sich die Frage auf: Sind das die alten Schwalben, die 1920 und 1921 hier brüteten? Ich ließ mich von der Vogelwarte Rostock Bogenringe kommen und beringte die beiden Altschwalben. Am 9. April dieses Jahres erschien ein Schwalbchen im Klassenzimmer, und der Jubel der Kinder war groß, als man den Ring am Fuß entdeckte. Es ließ sich zwischern auf dem Nestrande nieder und am 19. April war zu unserer großen Freude auch das zweite im Vorjahr beringte Schwalbchen (Weibchen) im alten Nest. Das Pärchen ist jetzt in der Brut. Zuweilen vertritt sich eine fremde Schwalbe in die Klasse, dann gibt es aber jedesmal eine wilde Hejhoj. Unsere Schwalben, so nennen wir sie jetzt, ruhen dann nicht, ehe der Fremdling vertrieben ist und können der Fremden nicht die geringste Atempause, während sie sich in dem Kampfe abtöten. Einmal hielten sie so eine Fremde, die keinen Ausweg finden konnte, beinahe ¼ Stunde in allerhöchster Flucht, bis sie erschöpft zu Boden sank und wir ihr die Freiheit geben mußten. Es bestätigt sich auch hier, daß wohl Vögel nach Geschlechtern getrennt ziehen.

Die Rehaustatistik heilbar. In einer der letzten Sitzungen der Pariser Akademie der Medizin machte der Vorsitzende die Mitteilung mit einem neuen Verfahren der Behandlung der Rehaustatistik bekannt, das der an der Medizinische von Rancies wirkende Prof. Sourbille in die Praxis eingeführt hat. Der Entdecker des neuen Verfahrens berichtet die Meinung, daß die gefährliche Krankheit, deren Folge rettungslose Erblindung ist, durchaus nicht so unheilbar sei, wie man bisher angenommen hat. Er hat in seiner Praxis durch die Kombination verschiedener Methoden recht gute Erfolge erzielt. Dr. Sourbille macht zu dem Zweck mit einem Graefeschen Messer zwei oder drei Einschnitte in das Weiß des Auges an der Abblühungsstelle, wobei er Sorge trägt, die abgeblühete Haut zu durchbohren. Es bildet sich auf der Verbindungsstelle mit dem Glasrohr eine kleine kegelförmige Schwellung, in die einige Tropfen Quecksilber eingepfropft werden, die eine lebhafte Reaktion auslösen. Auf 35 alte und junge Fälle, die auf diesem Wege operiert wurden, erzielte der Arzt 19 Fälle vollständiger Heilung oder Besserung, ein Prozentfall, der angesichts der bisherigen Hoffnungslosigkeit dieser Augenkrankung als außerordentlicher Erfolg bezeichnet werden muß.

Im Theater des Westens finden während der Opernferien vom 20. Juni bis 31. Juli allabendlich Aufführungen vom „Dreimäderhaus“ statt.

Deutsch-expressionistische Kunst in Amerika. In New-York ist in den Anderson Art Galleries eine Ausstellung moderner deutscher Kunst eröffnet worden, die den Amerikanern vor allem einen Begriff von den Beschreibungen des deutschen Expressionismus geben soll. Von deutschen Malern haben u. a. ausgestellt: Beckstein, Kolbe, Ritz, Rosen, Kohls, Schmitz-Kottwitz, Seewald, Campenbant, Casper, Reiminger, Hestel, Wegner.

Soll Annandien doch noch liegen? Die „Voss. Zig.“ erklärt aus Stockholm, daß der Schwedische Kammer von Hülsholmer „Eidhorn“ aus Annandien landkartenmäßig sämtliche Mittel seiner Expeditions, einschließlich Ringzug, für einen Nordpolzug von Spitzbergen aus angedeutet hat. Wechseltu Hüten die Runder-Werte dem norwegischen Polarforscher Adolph Nøel für die geplante Antarktispedition nach Spitzbergen ein Ringzug an. Der Hüten soll Hüten die norwegische Regierung Nøel die Unterstützung durch das Polarforsch. „Fram“ zu.



## Die Not des Saargebiets.

Der Landtag begann heute die dritte Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten.

Abg. Merlins (Soz.) schloß die Rat der Bevölkerung im Saargebiet. Die Franzosen wollen nicht die Erfüllung des Versailler Vertrags, sie wollen das Rheinland und das Ruhrgebiet, sie wollen auch das Saargebiet endgültig in ihre Hand bekommen, operierte doch schon früher Clemenceau zu diesem Zweck mit der Lüge, es gebe im Saargebiet keine Deutschen. Die Bevölkerung des Saargebiets ist urdeutsch. Poincaré bietet alle Künste der Diplomatie auf, um die anderen Ententemächte zur Anerkennung des französischen Standpunkts zu zwingen. Selbst Napoleon hat es niehergeleitet nicht verstanden, mit Unterschriften Sammlungen die Wege von der französischen Bestimmung des Saarvolkes zu führen. Mit dem Saarbecken will der französische Kapitalismus ein Kohlenquantum von etwa der Hälfte der französischen Kohlenproduktion gewinnen, dazu riesige Eisenwerke und gewaltige Industrieanlagen. Aber der letzte Riesenstreik der Saarbergleute hat den fremden Unterdrückern gezeigt, daß sie mit der Bevölkerung nicht so leicht fertig werden. Leider spielt die Regierungskommission, die namens des Völkerbundes das Gebiet verwalten, die lässliche Rolle des geherrichten Dieners Frankreichs. Die deutsche Schule wird vergewaltigt, die Frankenvährung ist eingeführt. Trotz alledem aber sind wir der Zuversicht, daß die Blume Frankreichs schlagen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Böcker (Dnat.) hat seine Niederlage in der Severing-Debatte noch nicht verwunden und kommt deshalb nochmals auf die gestrigen Ausführungen zurück. Minister Severing habe ihm vorgelesen, er hätte in Münster falsche Informationen gesammelt und in seiner Zeitung veröffentlicht. Tatsächlich sei aber ein Artikel über die Vorgänge in Münster gar nicht in der „Deutschen Tageszeitung“ erschienen. Der Minister habe also seinen Vorwurf vollständig aus der Luft gegriffen. (Unruhe und Lärm bei den Soz.: Demagogie.)

Abg. Dr. Bachem (Dnat.) schlägt in die gleiche Kerbe. Er wirft den Sozialdemokraten vor, sie hätten sich mehr um den Zusammenschluß des Proletariats als um den der Nation gekümmert. Die Rede des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigler sei Wort für Wort ein Dolchstoß gegen die Ruhrfront gewesen. (Zuruf links: Schauen Sie nach München!) Gestern habe man es erleben müssen, daß ein neuer Dolchstoß gegen die Ruhrfront geführt wurde, und zwar durch die Rede des Abg. Heilmann. (Gelächter links.)

Abg. Gottschalk (Dem.) weist mit Schärfe die Ausführungen des deutschnationalen Redners zurück. Es sei beschämend, wenn in diesem Augenblick die Deutschnationalen nichts Besseres zu tun wüßten, als durch erbärmliches Parteigezänk die einheitliche Abwehrfront zu stören. (Vehesante Zustimmung links und in der Mitte.) Im Saargebiet ständen alle Kreise der Bevölkerung, voran die Gewerkschaften, im opferreichen Abwehrkampf gegen die französische Willkürherrschaft.

Abg. Richter-Neumünster (Soz.) wendet sich ebenfalls gegen den Abg. Bachem und erklärt, dessen Rede habe den Franzosen sicher den größten Gefallen erwiesen, denn sie habe die Partei geschmäht, der die Abwehrkämpfer an der Ruhr und im Saargebiet in ihrer großen Mehrheit angehören. (Sehr wahr! links.) Herr Böcker sollte beim Reden von Nordhede vorsichtig sein, denn er habe den schändlichen Mordmordanschlag gegen Scheidemann als „Attentat mit der Kustiersprache“ bespöttelt. (Zur Rechten gewandt.) Die von Ihnen mit Unwahrheiten getriebene Nordhede gegen den Minister Severing kann auch für Sie böse Folgen haben. (Abg. Graf, Dnat.: Das ist eine Unverschämtheit!) Die Abg. Böcker und Schlangbecken ein Unverschämtheit von niemand übertroffen. (Beifall bei den Soz.)

Genosse Wittig (Soz.) bepricht hierauf die Kartoffeln und verlangt scharfes Einschreiten gegen den Kartoffelmacher. In Ostpreußen werden 30 000 bis 35 000 Mark für den Zwitterkartoffeln bezahlt. (Vehesante Hört, hört!) Die Landwirtschaft nützt die allgemeine Not in unerhörtester Weise aus. Wir fordern, daß schleunigst ein Verbot der Verarbeitung der Kartoffeln zu Schnaps erlassen wird.

## Die innere Lage Chinas.

Der frühere chinesische Unterrichtsminister Fan hielt gestern vor zahlreichen Landdeputierten und etlichen deutschen Freunden im Restaurant „Hohenzollern“ in Lichterfelde-West einen Vortrag über „Die politische Lage Chinas nach der Revolution“. Der Redner führte u. a. aus, daß seit 1911, dem Jahre, in dem China Republik wurde, die Beziehungen zwischen Volk und Regierung ganz andere geworden wären. Das Volk habe jetzt eine andere Art im Denken, und es stehe in engerer Beziehung zu der Regierung. Die Beziehungen zwischen der Zentralregierung und den Provinzen seien ungeklärt, denn China habe sich bislang noch keine Verfassung geschaffen. Daher sei die innerpolitische Lage kritisch. Aber da in China die Unterschiede zwischen Adel und Bürgertum, den Anhängern der verschiedenen Religionen sowie zwischen den Kapitalisten und Arbeitnehmern ohne große Bedeutung seien, so wird das Volk auch diesmal, trotz der gegensätzlichen Anschauungen, die kritische Lage überwinden. In Zukunft werde das chinesische Volk nicht so militärisch wie jetzt gefonnen sein, denn ein Volk, das seine eigene Freiheit pflegt, werde auch die Freiheit anderer Völker ehren.

## Die Rheinzollgrenze.

Mannheim, 22. Juni. (Mit.) Die die Handelskammer Mannheim von autoritativer Seite erfährt, wird die Rheinzollgrenze in der Nacht vom 24. auf 25. Juni in Kraft treten und damit den Verkehr aller Waren lähmen, die nicht auf der Freiliste stehen. Die Freiliste enthält die zollfrei und zollfreiungslos auf dem unterliegenden ins besetzte Gebiet zu versendenden Waren, darunter erlesene Lebensmittel erster Ordnung und zweitens Rohstoffe, die zur Verwendung der Industrie notwendig sind. Weitere Einzelheiten, besonders welche Artikel unter die Freiliste fallen, können in einigen Tagen auf der Außenhandelsabteilung der Handelskammer erfragt werden.

## Devisenkurse.

	22. Juni		21. Juni	
	Käufer (Geldkurs)	Verkäufer (Bretelkurs)	Käufer (Geldkurs)	Verkäufer (Bretelkurs)
1 holländischer Gulden	58266.50	63533.50	49625.50	49579.50
1 argentinische Papier-Peso	47690.50	47889.50	45389.50	45814.50
1 belgischer Franc	7182.50	7108.50	6758.50	6792.50
1 norwegische Krone	22543.50	22658.50	21147.50	21253.50
1 dänische Krone	24388.50	24511.50	22748.50	22857.50
1 schwedische Krone	38039.50	38240.50	33516.50	33684.50
1 finnische Mark	—	—	3521.50	3537.50
1 japanischer Yen	65336.50	66604.50	60947.50	61552.50
1 italienische Lire	6144.50	6175.50	5785.50	5814.50
1 Pfund Sterling	626430.50	622670.50	585337.50	583463.50
1 Dollar	135680.50	136340.50	126682.50	127313.50
1 französischer Franc	8354.50	8398.50	7905.50	7945.50
1 brasilianischer Milreis	13965.50	14085.50	13216.50	13288.50
1 Schweizer Franc	24330.50	24461.50	22743.50	22857.50
1 spanische Peseta	20074.50	20175.50	18802.50	18897.50
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	182.54	183.46
1 tschechische Krone	—	—	3385.50	3385.50
1 ungarische Krone	—	—	14.16	14.24
1 bulgarische Leva	—	—	1095.50	1704.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	1406.50	1474.50

## Reisekoffer.

Jetzt ist die Reisezeit! Leute, die es wissen müssen, behaupten, die Eisenbahzüge an die See und nach dem Gebirge seien stoppbedenklich, und alle Pensionen und Hotels in den Badeorten und Sommerfrischen überfüllt. Diese selben Leute, die von allen diesen schönen Sachen zu berichten wissen, werden gewiß auch recht haben, wenn sie behaupten, daß die Züge noch voller sein würden, wenn die Eisenbahnverwaltung, wie verlautet, am 1. Juli die Preise abermals verdoppelt und verdreifacht, so daß sich dann nur noch die Reichen eine Erholungsreise leisten können, die lieben Mitbürger, also, die ein Ausatmen aus Arbeit und Anstrengung am notwendigsten haben! Die anderen aber, die im Geld zurückgebliebenen, können sich hier schon immer an den Reisevorbereitungen — anderer erfreuen.

Zu den Reisevorbereitungen gehört vor allem die Beschaffung eines Reisekoffers. Man hat nämlich die Wahl in unseren großen Geschäften. Da sieht man zum Beispiel sogenannte Schrankkoffer, in die die Kleidung wie in einen Schrank gehängt werden kann, auf daß sie nicht durch Kratzen und Drücken Schaden leidet. Da sind ferner Koffer aus echter Krokodilhaut und aus feinstem Saffianleder, und ferner genug findet man auch so ganz einfache Koffer aus gepreßter Pappe, die wie Leder ausschaut. „Gott“, sagte die Verkäuferin, „diese Art von Koffern wird wenig verlangt. Sie kosten ja auch nur 80 000 M. Sehr gut dagegen geben Taschen und Koffer aus echt Saffian. Preis 600 000 bis 700 000 M.“ Und dann

### An unsere Postbezieher!

Der heute beiliegenden Nummer unserer illustrierten Zeitschrift „Volk und Zeit“ haben wir eine Zahlkarte beigelegt zwecks Einfindung der Nachzahlung für Juni-Bezugspreis. Wir bitten und den minimalen Betrag umgehend zu übermitteln.

### Vorwärts-Verlag

zeigt sie dir noch als besondere Neuigkeit die „Reisetasche mit dem Grammophon“. An der einen Seite steckt dieses süße Ding hinter einem kleinen Verschluß. Man zieht eine Klappe hoch, drückt auf einen Knopf und das Grammophon tutet los. Daß eine solche Tasche zu den notwendigsten Reiseutensilien gehört, ist klar. Man beschaut alle diese Herrlichkeiten, die Zahlen schwirren einem im Kopf herum und es bleibt einem zum Schluß nichts anderes übrig, als glückliche Reise zu wünschen den — anderen.

Der Verkauf der Fahrkarten für die Ferien-sonderzüge hat auf den einzelnen Bahnhöfen, besonders auf dem Anhalter Bahnhof, zu unliebsamen Zuständen geführt. Raum ist die Mitternacht vorüber, so finden sich die „ersten“ an, um sicher zu gehen, daß sie wirklich eine Karte erhalten. Mühschnell sind die Fahrkarten vergriffen und die enttäuschten Reisenden, die nicht „gleich nach Mitternacht“ sich einen Platz gesichert haben, schlagen Lärm. Natürlich ist auch nur ein Schalter geöffnet. Im Interesse einer glatten Abfertigung muß gefordert werden, daß weitere Schalter zum Verkauf dieser Fahrkarten in Dienst treten. Auch der Beginn des Verkaufs, der erst gegen 10 Uhr im Vormittags seinen Anfang nimmt, könnte leicht zu einem viel früheren Termin angelegt werden. Es ist nachgerade wirklich an der Zeit, daß gewisse Vergünstigungen für weniger Bemittelte nicht durch ein riesenmaß förmlich ausgeklügelter Schwierigkeiten in das Gegenteil verkehrt werden.

## Goldene Zeit für Taschendiebe.

### Die Sorglosigkeit der Bestohlenen.

Während sich die arbeitssame Bevölkerung mit Papier bezahlen lassen muß, gelten in der Diebeszeit nur Baluta- und Goldwerte und das demische Papier nimmt man so nebenbei mit. Wenn man die polizeilichen Diebstahlsanzeigen durchsieht, dann fällt einem auf, daß für die Herren Diebe geradezu goldene Zeiten bestehen, denn der Herrenwelt werden die goldenen Zeimesser alles Uhren geradezu haufenweise gestohlen! — Derartige Diebstähle werden aus den D-Jügen, der Straßenbahn, mit ganz besonderer Auffälligkeit aber aus der Untergrundbahn und den Autobussen gemeldet, ein Beweis, wie gefährlich die Benutzung dieser Fahrzeuge für Goldhaber geworden ist. Aber auch an andern Orten sind die Herren nicht mehr sicher. Auf der Rennbahn in Ruhleben stahlen Langfinger einem Herrn ebenfalls die goldene Uhr mit schwer goldener Kette. In der Vinkstraße wurde ein Herr von zwei Männern angerempelt, die ihm dabei um die goldene Uhr erleichterten. Einem Kaufmann aus Bromberg wurde in dem Toilettenraum eines Kaffees am Potsdamer Platz die Brieftasche mit 5 1/2 Millionen Mark entwendet. In der Tasche befand sich außerdem ein Scheck der Tschechoslowakischen Bank über mehrere Millionen Mark lautend. In einem Kaffee in der Friedrichstraße ist, wie wir schon mitteilten, einem Humoristen ein sehr wertvolles Zigarettenetui gestohlen worden. Das Etui, das in Goldschicht viele Künstlernamen enthält, ist noch nicht wieder zum Vorschein gekommen. Wie man als Laie die außerordentliche Geschicklichkeit der Langfinger nicht versteht, versteht man andererseits auch nicht die Gleichgültigkeit und Sorglosigkeit, mit der die Herren ihre goldenen Uhren behandeln. Bezeichnend aber ist es immerhin, daß es in der Zeit der eisernen Not und des steinernen Egoismus und des papiernen Geldes noch so viele schwere goldene Herrenuhren spazieren geführt werden.

### Hundertfache Ueberschreibung der Roggenwertanleihe.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Zeichnungen auf die fünfprozentige Berliner Roggenwertanleihe haben das Hundertfache ganz erheblich überschritten. Die Zeichnungstellen können daher nur eine kleine Anzahl der Zeichner und auch diese nur mit sehr geringen Bruchteilen berücksichtigen. Die Zuteilung steht im Ermessen einer jeden Zeichnungstelle und erfolgt durch diese endgültig.

### Die Saatgutstelle der Stadtgüter.

Der ständig steigende Bedarf der städtischen Güter an Saatgut der wichtigsten Feldfrüchte und Futtergräser sowie die großen Schwierigkeiten der Saatgutbeschaffung haben im Jahre 1920 zur Gründung der Saatgutstelle der Berliner Stadtgüter geführt. Zu diesem Zweck wurde ein Teil des Gutes Kleinbeeren in eine Saatgutstelle umgewandelt. Der Gutshof Kleinbeeren, ausgestattet mit vier großen modernen Scheunräumen, einem großen Kornboden, Stallungen, Kellern usw. hat sich für die Zwecke dieses Unternehmens als sehr geeignet erwiesen. Eine moderne, elektrisch betriebene Saatgutreinigungsanlage sowie eine hohentheimer Reisanlage sind zurzeit im Entstehen begriffen, während die erforderlichen Saatgut- und Laboratoriumseinrichtungen und Be-

räte für die Individualuntersuchungen bereits in den vorhergehenden Jahren angeschafft worden sind. Eine Ackerfläche von zunächst 390 Morgen, von denen über 100 Morgen auf Naturland entfallen, steht für die Anzucht der Getreidepflanzen zur Verfügung, die von ihnen gewonnene Ernteprodukte auf mehreren mit modernen Saatreinigungsanlagen ausgestatteten städtischen Gütern vermehrt. Unter den seit 1920 in Angriff genommenen Züchtungen haben nach dem derzeitigen Entwicklungsstande diejenigen von Wintertraps, Winterroggen, Wintergerste und Kartoffeln Aussicht auf besonders gute Erfolge. Ganz besonderer Wert wird auch auf eine der Eigenart des Rieselsbetriebes zugeschnittene Umzucht von Gräsern gelegt, um nicht nur die eigenen Güter, sondern auch die zahlreichen Kleinpächter mit wirklich brauchbaren Grasmähreien versorgen zu können. Wenn gleich auch die vergangenen drei Jahre züchterischer Tätigkeit noch kein abschließendes Urteil zulassen, so besteht doch schon jetzt die begründete Aussicht, daß sich das Bestehen der Saatgutstelle Kleinbeeren bald in greifbaren Erfolgen durch Hebung der Gesamterträge der städtischen Güter auswirken wird.

## Gegen die Häuserverwahrlosung.

### Eine Mahnung des Ministers für Volkswohlfahrt.

Zu dem „Vorwärts“-Artikel (in Nr. 281) über „Verwahrloste Häuser“ wird uns aus dem Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt der folgende Auszug aus einem vom 8. Juni d. J. datierten neuen Erlaß des Ministers über „Schutzmaßnahmen gegen das Herabstürzen von Gebäudeteilen“ mit der Bitte um Veröffentlichung übersandt:

„In neuerer Zeit ist mehrfach von Unfällen berichtet worden, die durch Herabstürzen von Bauteilen infolge Nachgebens oder Zerstörung ihrer Befestigungsmittel entstanden sind. Diese Erscheinungen sind hervorgerufen dadurch, daß während des Krieges und in der Nachkriegszeit die Unterhaltung der Bauten nachgelassen oder gänzlich aufgehört hat. Die Gefahr des Herabstürzens droht namentlich bei den Bughäusern der Häuser, bei den Stützkonstruktionen von Ballonen und Geseilen und bei solchen Bauteilen, deren Standfestigkeit in der Regel auf Hilfskonstruktionen aus dünnen Eisenstab- oder Drahtgebilden beruht, da diese einer schnellen Zerstörung durch Rost ausgesetzt sind. Hier kommen namentlich Fahnenstangen, Schornsteine und ausgehängte Blindbalken in Frage. Aber auch die Dach- und Hallenkonstruktionen aus dünnwandigem Eisenblech sind der Gefahr eines Zusammenbruchs ausgesetzt, wenn der vorgeschriebene Verschleiß nicht in gewissen Zeiträumen erneuert wird. Während des Krieges ist die Anstricherneuerung aber aus Mangel an Firnissen in den meisten Fällen unterblieben und später der Kosten wegen schlecht oder gar nicht ausgeführt worden. Der Minister für Volkswohlfahrt weist daher in einem neuen Erlaß auf die Pflicht der Baupolizeibehörden hin, den geschädigten Gebäuden nach Möglichkeit vorzubeugen. Unzureichende Sicherheit würde allerdings nur durch eine genaue Untersuchung aller Baumerke zu erreichen sein, die aber die Baupolizeibehörden bei dem Fehlen der hierfür notwendigen Arbeitskräfte wohl nicht überall werden vornehmen können. Was die Baupolizeibehörden jedoch tun können und tun müssen, ist die Eigentümer auf die drohenden Gefahren und ihre Verantwortung aufmerksam zu machen. Die Eigentümer sollen aufgefordert werden, ihre Gebäude innerhalb angemessener Fristen durch geeignete Sachverständige auf die erwähnten Gefahrenmöglichkeiten hin untersuchen zu lassen. Ferner sollen die Baupolizeibehörden angewiesen werden, bei ihren Kontrollgängen auf die Gefahrenmöglichkeiten besonders zu achten.“

Den Mietern vermehrter Häuser und besonders den Mieterausschüssen ist dringend zu raten, die Baupolizeibehörden von dem Zustand dieser Häuser in Kenntnis zu setzen, nötigenfalls unter Hinweis auf den oben mitgeteilten Erlaß. Manche Häuser sind so verwahrlost, daß nicht nur das Interesse der Mieter, sondern auch die Rücksicht auf die öffentliche Ordnung und Sicherheit ein Nachgebot zur Beseitigung der Mängel erfordert.

## Das Auto im Untergrundbahnhacht.

Infolge des andauernden Regens ist der Bohlenweg der Baugrube der Nordbahn an der Ecke der Berliner und Fuldstraße in Neukölln so morsch geworden, daß in der letzten Nacht ein besetztes Auto durch die Erde der Fuldstraße durch den Bohlenweg in die Baugrube stürzte. Die Feuerwehr mußte alarmiert werden, um das Auto wieder herauszuholen. Die Insassen sind mit dem Schrecken davon gekommen.

## Die Beweisaufnahme im Köhn-Prozess wurde heute wieder fortgesetzt und es wurden noch eine Reihe Einzahler vernommen.

Die Kontoristin Happe gehörte auch zu den Einzählern. Sie war ohne Beschäftigung und suchte für ihre Ersparnisse eine günstige Kapitalanlage. Auf einer Geburtsfeier wurde ihr erzählt, daß sehr viele Leute bei ähnlichen Konzernen „viel Geld herausbekommen hätten. Auf Grund dieser Mitteilungen und infolge der Veröffentlichungen über den Konzern Köhn hatte sie an der Resilienz keinen Zweifel und trug Ende Juli und noch am 2. August insgesamt 1500 M. nach dem Hauptbüro in der Mohrstraße, wovon sie nichts zurück erhielt. Der nächste Zeuge ist der Bäckereibesitzer Emil Reider, der am 22. Juni bei Köhn als Buchhalter angestellt wurde. Er hatte die Aufgabe, die Herren im Aufendienst zu kontrollieren, ob sie auch die Beträge richtig abliefern. Bei seinem Eintritt fand er ein Buch mit Beitrageneintragen vor, daneben aber auch eine Reihe mit Bleistift geschriebener Zettel, die teils kaum lesbar waren. Als das Finanzamt eingriff, hätten ihm die Herren vom Aufendienst geraten, die losen Zettel in den Ofen zu stecken. Diesen Rat habe er aber nicht befolgt, so daß die Zettel beim Zusammenbruch sämtlich vorhanden waren.

## Ein Markenbrot 3100 Mark.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Mit Rücksicht auf die weitere Erhöhung der Bäckereigesellenlöhne und die abermalige Steigerung der Kohlen- und Hefepreise ist eine Heraushebung der Preise für Markenbrot notwendig geworden. Vom 25. Juni ab kostet daher ein Markenbrot 3100 M., eine Markenbrötchen 100 M.

## Vorsicht, Obstkerne!

Mit dem Erscheinen des Steinobstes beginnt auch sofort wieder die Infitie, die Kerne auf die Bürgersteige zu spucken, wo sie nicht nur für alte Leute und Kriegsbefähigte, sondern schließlich für jedermann eine Gefahr bilden. Jedermann, der sich an diesem Unfug beteiligt, ist für den Schaden, den er anderen Personen dadurch verursacht, zivilrechtlich und unter Umständen sogar strafrechtlich verantwortlich.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Kühl, aberwiegend trübe, mit wiederholten Regenschauern und ziemlich frischen westlichen bis nordwestlichen Winden.

## Der Aetna beruhigt sich.

Die Lage im Aetnagebiet hat sich nach den neuesten Meldungen gebessert. Die Erdbeben haben nachgelassen. Das Städtchen Linguaglossa scheint außer Gefahr zu sein. — Nach Meldungen aus Rom hat der Generalsekretär der Popolari Sturzo Schritte zur Unterstützung der von dem Aetnaausbruch betroffenen Bevölkerung erlassen. Ueberall in Italien bilden sich Kommissionen für ein Hilfswerk für die Geschädigten. Zahlreiche Torpedoboots, ein Schlachtschiff und mehrere Kreuzer sind von Brindisi nach Catania abgegangen, um Hilfe zu leisten. In Catania, Linguaglossa und Castiglione kehrt ein Teil der Einwohner wieder zurück. Die Gefahr scheint dort nachgelassen zu haben. Der Bürgermeister von Linguaglossa hat mitgeteilt, daß der Schaden dort auf 70 Millionen Lire geschätzt wird.



